



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**146,58 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**73,77 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

230

Millionen Euro hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) seit dem Start der neuen E-Auto-Förderung ausbezahlt.

EUROPA

Entso-E fordert mehr Schutz für Stromnetze

H2-PREISINDEX

Gestehungskosten wieder gesunken

MOBILITÄT

Mehr Wasserstoff für Bielefelds Busflotte dank eigenem Elektrolyseur

Inhalt

TOP-THEMA

→ **SACHSEN-ANHALT:** Verbände warnen vor Kurswechsel in der Energiewende

POLITIK & RECHT

- **EUROPA:** Entso-E fordert mehr Schutz für Stromnetze
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Seit Mai 230 Millionen Euro Förderung ausgezahlt
- **REGENERATIVE:** Direktvermarktung legt im September deutlich zu
- **STROMNETZ:** Sprengsätze an Stromleitungen entdeckt und entschärft

HANDEL & MARKT

- **H2-PREISINDEX:** Gestehungskosten wieder gesunken
- **ELEKTROMOBILITÄT:** EnBW schickt KI an die Hotline für E-Auto-Fahrer
- **SMART METER:** Neue Lösung für Smart-Meter-Zutritte von BBH und Comet
- **STATISTIK DES TAGES:** Anzahl der öffentlichen Ladepunkte bis Juli 2026

TECHNIK

- **F&E:** Windstrom liefert „besten“ Wasserstoff
- **KLIMASCHUTZ:** Studie zeigt Restemissionen bei Wasserstoff
- **WÄRME:** Die Ostsee bringt nun Wärme in 200 holsteinische Haushalte

UNTERNEHMEN

- **MOBILITÄT:** Mehr Wasserstoff für Bielefelds Busflotte dank eigenem Elektrolyseur
 - **STADTWERKE:** Thüringer Stadtwerk spricht nach Verlusten Kündigungen aus
 - **BETEILIGUNG:** Stadtwerke Neustadt beteiligen Bürger an neuem Solarpark
 - **WÄRME:** EVO erhöht Wärmeleistung aus Abfall
 - **VERBÄNDE:** Gasverband bestätigt Geschäftsführer
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Geopolitische Lage treibt die Energiepreise
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Verbände warnen vor Kurswechsel in der Energiewende



Quelle: Shutterstock / Ahmed Zaggoudi

SACHSEN-ANHALT. Nach dem Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt warnen Energieverbände vor Folgen für Erneuerbare, Investitionen und die Wirtschaftskraft des Landes.

Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sehen Energieverbände die weitere Entwicklung der Energiewende im Land mit Sorge. Die AfD wurde mit rund 44 Prozent der Stimmen stärkste Kraft, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Eine Regierungsbeteiligung der AfD lehnen die übrigen Parteien ab. Die Gespräche über eine neue Landesregierung dürften daher schwierig werden.

Bärbel Heidebroek, Präsidentin des Bundesverbands Windenergie (BWE), warnte vor einem Bruch in der Energiepolitik. Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) und der Energieversorger Lichtblick verwiesen auf die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung.

Laut dem Wahlportal des Landes kommt die AfD auf rund 45 Prozent. Damit verfügt sie über 39 der insgesamt 83 Sitze im Landtag, verfehlt aber eine eigene Mehrheit. Sie konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl 2021 mehr als verdoppeln. Die CDU von Ministerpräsident Sven Schulze verlor rund die Hälfte ihres bisherigen Stimmenanteils und bekommt 15 Sitze im Landtag. SPD, Linke und Grüne bekommen je acht Sitze, das BSW fünf.

Die Grünen führen ihren leichten Stimmenzuwachs unterdessen auch auf die Auswirkungen des Klimawandels zurück. Spitzenkandidatin Susan Sziborra-Seidlitz sagte, die Hitzewellen des Sommers hätten die Menschen für die Klimakrise sensibilisiert. Zugleich verwies sie darauf, dass die AfD als stärkste Partei hervorgegangen sei, obwohl sie den Klimawandel aus Sicht der Grünen ignoriere.

Erneuerbare Energie Basis der Wirtschaft

Wirtschaftsverbände fürchten eine Abkehr von der Energiewende durch die neue Landesregierung. Sachsen-Anhalt zählt laut BWE zu den führenden Windenergiestandorten Deutschlands. Heidebroek erklärte, die Windenergie sei eine tragende Säule der Stromversorgung und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt. Der Ausbau sichere zudem die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Sie forderte, den Ausbau auf Grundlage des bundesgesetzlichen Rahmens fortzusetzen. Dafür brauche es aus ihrer Sicht verlässliche Rahmenbedingungen, schnelle Genehmigungen und Investitionen in die notwendige Infrastruktur. Mehr als 5.700 MW Windleistung sind in Sachsen-Anhalt demnach bereits installiert. Bis 2028 befinden sich weitere rund 2.300 MW in Planung.

Die Branche beschäftigt im Land mehr als 11.000 Menschen. Nach Einschätzung des Verbands trägt die Windenergie damit auch zur regionalen Wertschöpfung, zu kommunalen Einnahmen und zur Versorgung mit günstigem Strom bei.

Neue Landesregierung soll Energiepolitik fortsetzen

Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) sieht die Energiewende durch die politische Entwicklung gefährdet. BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser verwies darauf, dass die erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt bereits heute rund 26.000 Arbeitsplätze sichern und für eine regionale Wertschöpfung von mehr als 170 Millionen Euro stehen. Wer diesen Wirtschaftszweig ausbremse, erschwere künftige Investitionen und gefährde Arbeitsplätze und Wohlstand, sagte Heinen-Esser.

Laut BWE dürfte der Strombedarf Sachsen-Anhalts weiter steigen, weil Industrie, Verkehr und Wärme zunehmend elektrifiziert werden. Heimische Stromquellen könnten nach Einschätzung des Verbands dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Ein Kurswechsel beim Ausbau der Windenergie könnte dagegen Investitionen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes beeinträchtigen.

Auch der Energieversorger Lichtblick verband den Wahlausgang mit Forderungen nach stabilen Investitionsbedingungen. CEO Marc Wallraff erklärte, Wahlen veränderten zwar die Zusammensetzung der Parlamente, nicht aber die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort. Für dessen Zukunftsfähigkeit brauche es aus seiner Sicht verlässliche Investitionsbedingungen, eine starke Demokratie und eine konsequente Energiewende.

Wallraff bezeichnete erneuerbare Energien als Zukunftstechnologien und verwies auf deren Beitrag zur Unabhängigkeit von fossilen Importen, zur Versorgungssicherheit und zur Widerstandsfähigkeit des Energiesystems. Lichtblick investiert nach eigenen Angaben unter anderem in erneuerbare Energien, Solarprojekte und Batteriespeicher und betreibt ein Ladenetz für Elektrofahrzeuge. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Romolo Tavan

Entso-E fordert mehr Schutz für Stromnetze

EUROPA. Der europäische Übertragungsnetzbetreiber-Verband „ENTSO-E“ legt sieben Empfehlungen zum Schutz kritischer Strominfrastrukturen vor.

Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber, European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), hat sieben Empfehlungen zur Stärkung der Sicherheit kritischer Strominfrastrukturen in Europa vorgelegt. Das am 31. August veröffentlichte Positionspapier soll die laufenden Diskussionen auf EU-Ebene zur Energiesicherheit unterstützen.

Entso-E sieht das europäische Stromsystem zunehmend mit physischen Risiken und Cyberangriffen konfrontiert. Die Resilienz der Strominfrastruktur müsse deshalb über rein technische Anforderungen hinausgehen und Versorgungssicherheit, physischen Schutz sowie Cybersicherheit gemeinsam berücksichtigen, heißt es in dem Papier.

Ein zentrales Anliegen des Verbands ist eine harmonisierte und integrierte Risikobewertung für den Energiesektor. Administrative Grenzen zwischen Staaten sollen dabei eine geringere Rolle spielen.

Zudem fordert Entso-E Mindeststandards für die Absicherung kritischer Netzkomponenten. Diese sollen unter anderem die Betriebsbereitschaft, physische Schutzmaßnahmen, Redundanzen, Reservekapazitäten und abgestimmte Verfahren zur Wiederherstellung umfassen. Der Verband erklärt sich bereit, entsprechende Leitlinien zu erarbeiten.

Zuständigkeiten klarer regeln

Nach Ansicht von Entso-E müssen die Rollen von Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) und nationalen Behörden beim Schutz der Strominfrastruktur eindeutiger festgelegt werden. Das betrifft unter anderem die Überwachung und Erkennung physischer und hybrider Bedrohungen, die Ausrufung von Krisenlagen, koordinierte Lastabwürfe sowie Maßnahmen zur Eindämmung und Wiederherstellung.

Entso-E will dafür eine Struktur für die Zusammenarbeit zwischen ÜNB und Behörden bei Infrastrukturschutz und Wiederherstellungsplanung vorschlagen. Besonders beim Schutz grenzüberschreitender Offshore-Infrastruktur sieht der Verband einen Bedarf für eine stärkere regionale Zusammenarbeit.

Ein regionaler Rahmen soll die Erkennung von Bedrohungen, sichere Kommunikation und die Koordinierung von Schutzmaßnahmen auf See verbessern. Zugleich spricht sich Entso-E für eine Harmonisierung und Verschärfung der strafrechtlichen Folgen bei Eingriffen in kritische maritime Infrastruktur aus.

Unterschiedliche nationale Regelungen könnten andernfalls ausgenutzt werden.

Auch die Wiederherstellung beschädigter Infrastruktur stellt laut Entso-E eine Herausforderung dar. Für bestimmte Netzkomponenten gebe es nur eine begrenzte Zahl spezialisierter Anbieter, häufig die ursprünglichen Hersteller. Das könne im Krisenfall zu Engpässen führen.

Ressourcen schneller verfügbar machen

Für Notfälle schlägt Entso-E zudem Flexibilitätsregelungen vor, die einen schnelleren grenzüberschreitenden Einsatz von Ausrüstung und Dienstleistungen ermöglichen sollen. Auftraggeber könnten demnach öffentlich beschaffte elektrische Ausrüstung, Netzkomponenten oder spezialisierte Dienstleistungen weiterverkaufen oder untereinander tauschen.

Darüber hinaus soll es möglich sein, Abrufrechte aus bestehenden Rahmenverträgen zwischen Behörden zu übertragen. Eine Behörde könnte einer anderen damit ermöglichen, direkt Bestellungen auf Grundlage bestehender Verträge aufzugeben, ohne ein neues Vergabeverfahren einzuleiten. Nationale rechtliche Anforderungen sollen dabei berücksichtigt werden.

Beim Umgang mit Informationen über kritische Infrastruktur fordert Entso-E sicherheitssensible Transparenzregeln. Der EU-Rahmen müsse klarere Ausnahmen von Transparenzpflichten aus Sicherheitsgründen vorsehen. Der Verband nennt dabei insbesondere Angaben zu Standorten und Konfigurationen von Leitstellen sowie detaillierte Geodaten.

Dies sei vor allem bei künftigen, von der EU finanzierten Netzprojekten relevant, die unter die überarbeitete Verordnung zu den transeuropäischen Energienetzen (TEN-E) fallen. Ziel sei es, eine unbeabsichtigte Offenlegung sicherheitsrelevanter Informationen zu verhindern.

Finanzierung als Teil der Systemkosten

Als siebtes Handlungsfeld nennt Entso-E die Finanzierung des Infrastrukturschutzes. Sicherheitsmaßnahmen sollten in nationalen Tarifsyste men als notwendige Systemkosten anerkannt werden, fordert der Verband.

Auch EU-Finanzierungsinstrumente sollten gezielt zum Schutz der Stromnetze beitragen. Entso-E nennt unter anderem den geplanten Fonds für Kabelinfrastruktur, die Fazilität „Connecting Europe“ für den Energiebereich (CEF-E) und künftige Instrumente wie den Wettbewerbsfähigkeitsfonds.

Mit den Vorschlägen will Entso-E nach eigenen Angaben die laufenden EU-Initiativen zur Energiesicherheit unterstützen. Dazu zählen die anstehende Überprüfung des Sicherheitsrahmens, die europäische Toolbox zum Schutz von Unterseekabeln, das geplante Drohnenpaket, das Paket für europäische Stromnetze sowie eine Liste europäischer Verteidigungsprojekte von gemeinsamem Interesse.

Das **Positionspapier zur Sicherheit der ENTSO-E** steht im Internet bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Seit Mai 230 Millionen Euro Förderung ausgezahlt



Quelle: Pixabay / Joenomias

ELEKTROFAHRZEUGE. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) hat vom Mai bis 1. September 52.473 Anträge auf E-Auto-Förderung bewilligt und 230 Millionen Euro ausgezahlt.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) hat seit dem Start der neuen E-Auto-Förderung 52.473 Bewilligungen erteilt. Bis zum 1. September 2026 wurden nach Angaben der Behörde 230 Millionen Euro an Fördermitteln ausgezahlt. Die Förderung läuft seit dem 19. Mai 2026.

Die Zahlen stammen aus einem Zwischenbericht des Bafa zum Stand 1. September 2026. Das Förderprogramm hat das Bundesumweltministerium (BMUKN) aufgelegt und das Bafa mit der Umsetzung betraut. Ziel ist es laut Ministerium, den Markthochlauf der Elektromobilität zu beschleunigen und elektrisch betriebene Pkw breiter in der Gesellschaft zu verbreiten.

Fast 48.000 reine Elektroautos

Den größten Anteil der Bewilligungen machen Batterie-Elektrofahrzeuge (BEV) aus. Auf sie entfallen 47.986 Bewilligungen. Hinzu kommen 4.487 Plug-in-Hybride (PHEV). Damit entfallen rund 91 Prozent der Bewilligungen auf reine Batterie-Fahrzeuge und rund 9 Prozent auf Plug-in-Hybride.

Beim Erwerb halten sich Kauf und Leasing nahezu die Waage. Das Bafa bewilligte 26.491 Förderungen für gekaufte Fahrzeuge und 25.982 für geleaste Fahrzeuge.

Auch die Einkommensverteilung weist der Zwischenbericht aus. 26.692 Bewilligungen entfielen auf Haushalte mit einem Einkommen bis 45.000 Euro.

In der Einkommensklasse zwischen 45.001 und 60.000 Euro gab es 11.487 Bewilligungen. Weitere 12.653 Bewilligungen entfielen auf Einkommen zwischen 60.001 und 80.000 Euro.

Kinderbonus bei 17.965 Haushalten

Daneben können auch Haushalte mit höheren Einkommen von der Förderung profitieren, wenn sie die Voraussetzungen für den Kinderbonus erfüllen. Für Einkommen zwischen 80.001 und 85.000 Euro weist das Bafa 1.251 Bewilligungen aus. In der Klasse zwischen 85.001 und 90.000 Euro waren es 390. Voraussetzung sind mindestens ein beziehungsweise zwei förderrelevante Kinder.

Insgesamt erhielten 11.778 Haushalte mit mindestens zwei förderrelevanten Kindern eine entsprechende Bewilligung. Bei 6.187 Bewilligungen lebte ein förderrelevantes Kind im Haushalt. 34.508 Bewilligungen entfielen auf Haushalte ohne förderrelevantes Kind.

Meiste Fahrzeuge von VW

Bei den Herstellern zeigt sich ein breites Feld. Auf Konzernebene führt die Volkswagen AG mit 11.680 Bewilligungen. Dahinter folgen Tesla mit 8.141 und Stellantis mit 7.482 Bewilligungen. Die Hyundai Motor Group kommt auf 5.705, die Renault Group auf 3.689 Bewilligungen.

Auf Platz sechs der Konzernwertung steht das Joint Venture von Stellantis und Leapmotor mit 2.936 Bewilligungen. Es folgen die BMW Group mit 2.871, BYD mit 2.831, Ford mit 1.913 und Toyota mit 828 Bewilligungen.

Bei den einzelnen Marken liegt Tesla mit 8.141 Bewilligungen vorn. Skoda folgt mit 4.522, Cupra mit 3.155 und Volkswagen mit 3.062 Bewilligungen. Hyundai kommt auf 2.982 Bewilligungen, Leapmotor auf 2.936 und BYD auf 2.831. Kia, Renault und BMW komplettieren die ersten zehn Marken.

Tesla Model Y liegt vorn

Auch bei den einzelnen Fahrzeugmodellen führt Tesla. Auf das Model Y entfallen laut Bafa 5.407 Bewilligungen, auf das Model 3 weitere 2.716. Unter den Modellen des Volkswagen-Konzerns erreicht der Skoda Elroq 85 mit 1.192 Bewilligungen den höchsten Wert. Es folgen der Elroq 60 mit 1.046 und der Elroq 50 mit 936 Bewilligungen.

Bei Cupra kommt der Tavascan auf 1.048 Bewilligungen. Beim Volkswagen ID.3 entfallen 1.134 Bewilligungen auf die Variante Pro mit 150 kW und 660 auf die Variante Pure mit 125 kW.

Bei Hyundai führt der Inster mit 2.063 Bewilligungen vor Kona beziehungsweise Kauai mit 603. Kia erreicht mit dem EV3 1.052 Bewilligungen. Bei Renault liegt der Renault 5 E-Tech Electric mit 1.041 Bewilligungen vorn. Das Modell Dacia Spring kommt auf 989 Bewilligungen.

Das Bafa stellt die Kennzahlen im Zwischenbericht mit Stand 1. September 2026 dar. Die Behörde weist darauf hin, dass es sich um einen Zwischenstand des seit Mai laufenden Förderprogramms handelt.

Die **E-Auto-Statistik des BAFA** steht als PDF zum Download bereit. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(e1c624d4757f08486e89482c18364c17_img.jpg\)](#) [!\[\]\(fd44bd93e945cfa8875a8962f08e5b64_img.jpg\)](#) [!\[\]\(4a7bd0d19449e9ae6d04f317c9f2938f_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Direktvermarktung legt im September deutlich zu



Quelle: Shutterstock / elxeneize

REGENERATIVE. Sowohl in der geförderten als auch in der sonstigen Direktvermarktung ist für September mehr Leistung angemeldet. Besonders Solar und Wind an Land legen zu.

Die Direktvermarkter von Erneuerbare-Energien-Anlagen haben für September bundesweit deutlich mehr Leistung angemeldet als noch im August. In der geförderten Direktvermarktung stieg die gemeldete Leistung um rund 1.140 MW. In der sonstigen Direktvermarktung waren es rund 986 MW mehr. Das geht aus den aktuellen Zahlen der vier Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW hervor.

Damit erhöht sich die Gesamtleistung in der geförderten Direktvermarktung von 104.401 MW im August auf 105.541 MW im September. Den größten Zuwachs gab es bei der Solarenergie. Hier nahm die gemeldete Leistung um rund 739 MW auf 37.857 MW zu. Auch bei der Windenergie an Land stieg die Leistung deutlich: um rund 428 MW auf 54.393 MW.

Bei der Biomasse erhöhte sich die gemeldete Leistung um rund 45 MW auf 6.959 MW. Rückgänge gab es dagegen bei der Windenergie auf See. Dort sank die Leistung um knapp 49 MW auf 5.378 MW. Auch bei der Wasserkraft ging die gemeldete Leistung zurück, und zwar um rund 21 MW auf 875 MW. Bei der Geothermie waren im September 35,8 MW gemeldet, 5,5 MW weniger als im August.

Auch die sonstige Direktvermarktung legte im September zu. Insgesamt waren 35.127 MW gemeldet, nach 34.140 MW im August. Das entspricht einem Plus von rund 986 MW.

Besonders stark stiegen auch hier Solarenergie und Windenergie an Land. Die gemeldete Solarleistung erhöhte sich um rund 445 MW auf 12.119 MW. Bei Wind an Land waren es rund 446 MW mehr und damit insgesamt 14.540 MW. Die Windenergie auf See legte um knapp 94 MW auf 6.205 MW zu. Bei der Wasserkraft stieg die Leistung um rund 20 MW auf 948 MW.

Rückläufig waren dagegen Biomasse und Gase. Bei der Biomasse sank die gemeldete Leistung um rund 9 MW auf 1.123 MW, bei Deponie-, Klär- und Grubengasen ebenfalls um knapp 9 MW auf 191 MW. (sag)

// VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Sprengsätze an Stromleitungen entdeckt und entschärft



Schmuckbild. Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Mehr als 21 Sprengsätze wurden an Hochspannungsleitungen in Sachsen entdeckt - die Polizei bittet um Hinweise. Ein 48-Jähriger wird wegen Sabotage am Stromnetz gesucht.

Nach versuchten Angriffen auf das Stromnetz in Ostsachsen hat die Polizei neun weitere selbst hergestellte Sprengvorrichtungen im unmittelbaren Bereich von Hochspannungstrassen südlich des Umspannwerkes Graustein in der Nähe von Schleife (Landkreis Görlitz) entdeckt. Diese wurden durch Spezialkräfte des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) entschärft, wie das LKA mitteilte. Damit erhöhe sich die Gesamtzahl der in Sachsen aufgefundenen Sprengvorrichtungen auf 21.

Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden, das Landeskriminalamt Sachsen und die Polizeidirektion Görlitz bitten die Bevölkerung weiterhin um Unterstützung bei den laufenden Ermittlungen.

Am Samstag hatten Polizei und Generalstaatsanwaltschaft Dresden bereits bekanntgegeben, dass insgesamt zwölf Sprengvorrichtungen in der Lausitzer Braunkohleregion an der Grenze zu Brandenburg gefunden wurden. „Diese sollten Schäden an den elektrischen Hochspannungsleitungen durch einen Kurzschluss herbeiführen“, hatten Polizei und Generalstaatsanwaltschaft Dresden informiert. Zu einem Schaden am Stromnetz sei es nicht gekommen, auch bestehe keine Gefahrenlage für die Bevölkerung, hieß es.

Fahndung nach Tatverdächtigen läuft

Unterdessen wird intensiv nach einem Mann gefahndet, der Sabotageaktionen gegen das deutsche Stromnetz verübt haben soll. Die Vorfälle konzentrieren sich auf Nordrhein-Westfalen (NRW), Brandenburg und Sachsen. Polizei und Staatsanwaltschaft in Brandenburg und NRW hatten am Sonnabend einen gemeinsamen Fahndungsaufruf mit zwei Fotos des 48-Jährigen veröffentlicht und bitten die Bevölkerung um Hinweise. Am Sonntag hatte es einen Großeinsatz im Hambacher Forst nahe Köln gegeben, allerdings wurden dort keine Hinweise auf den Mann gefunden.

Am 4. September hatten Polizisten in der Wohnung des Tatverdächtigen im nordrhein-westfälischen Gevelsberg Sprengstoff gefunden. Später stürmte ein Spezialeinsatzkommando im rund 100 Kilometer entfernten Niederzier in einem Wald einen Lastwagen, der augenscheinlich zu einem Wohnmobil umgebaut worden war. Der Gesuchte wurde aber nicht angetroffen. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

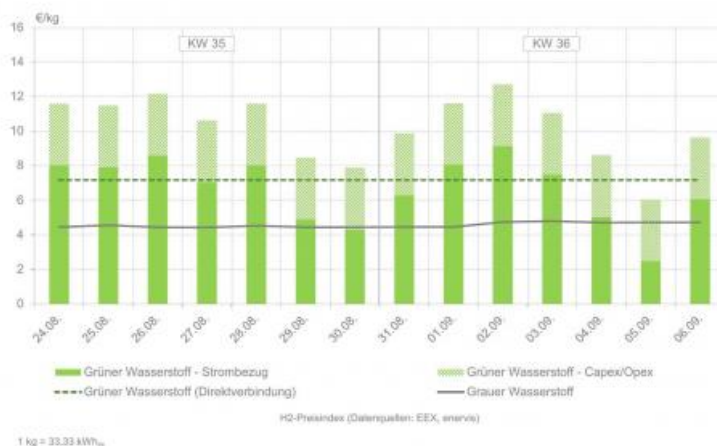
HANDEL & MARKT



Quelle: E&M / Shutterstock, wanpatsorn

Gestehungskosten wieder gesunken

H2-PREISINDEX. Grüner Wasserstoff ist noch nicht marktreif. Wie sich der Preisvergleich zum grauen Wasserstoff darstellt, zeigt der H2-Preisindex von Enervis und E&M alle zwei Wochen.



Wasserstoffpreisindex in den Kalenderwochen 35 und 36

(Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: enervis energy advisors GmbH / EEX

Die Gestehungskosten für strommarktbasierten grünen Wasserstoff sind in den vergangenen zwei Wochen wieder gesunken. Das Zweiwochenhoch lag bei 12,71 Euro pro Kilogramm, das Zweiwochentief bei 6,05 Euro pro Kilogramm. Im Wochenmittel sank der Preis von 10,54 auf 9,54 Euro pro Kilogramm.

Damit kehrte sich die Entwicklung gegenüber den Kalenderwochen 33 und 34 um. Damals war das Wochenmittel noch von 10,88 auf 11,66 Euro pro Kilogramm gestiegen.

Die Gestehungskosten für grauen Wasserstoff bewegten sich im Wochenverlauf zwischen 4,42 und 4,79 Euro pro Kilogramm. Das Preisniveau lag damit weiterhin deutlich unterhalb des strommarktbasierten grünen Wasserstoffs sowie der Insellösung aus Erneuerbaren-Energie-Anlage und Elektrolyseur.

Legende zum H2-Preisindex

- **Grüner Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Strompreisen am Spotmarkt, Herkunftsnachweisen* für die jeweiligen Strommengen sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grüner Wasserstoff (Direktverbindung):** Gestehungskosten als Benchmark auf Basis von grünem Bezugsstrom einer netzentkoppelten Erneuerbaren-Anlage sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Elektrolyseanlage
- **Grauer Wasserstoff:** Gestehungskosten auf Basis von Erdgaspreisen am Spotmarkt, Preisen für CO₂-Zertifikate sowie den Investitions- und Betriebskosten einer Erdgas-Dampfreformierungsanlage

*Die Anforderungen der Bundesregierung an grünen Wasserstoff werden über die 37. BImSchV an die Anforderungen der Europäischen Union angepasst. Zukünftig müssen die Kriterien der Zusätzlichkeit sowie der zeitlichen / geografischen Korrelation für die Produktion erfüllt sein.

// VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

EnBW schickt KI an die Hotline für E-Auto-Fahrer



Die KI-Ladeassistentin der EnBW ist rund um die Uhr erreichbar. Quelle: EnBW / Fotograf Andre Dulic

ELEKTROMOBILITÄT. Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG erweitert ihr Serviceangebot an Ladesäulen um eine neue KI-Ladeassistentin. Die KI soll schneller bei Problemen helfen.

EnBW erweitert den telefonischen Support für sein Ladenetz um einen KI-basierten Assistenten, teilte der Energiekonzern am 7. September mit. Die KI-Ladeassistentin soll künftig Anfragen von E-Auto-Fahrern entgegennehmen, wenn beim Laden Probleme auftreten. Das System ist dem technischen Support vorgeschaltet und rund um die Uhr erreichbar.

Nutzerinnen und Nutzer erreichen die Ladeassistentin über die Servicenummer, die EnBW an seinen Ladestationen ausweist. Das System steht derzeit auf Deutsch und Englisch zur Verfügung. Nach Angaben des Unternehmens soll es vor allem Fragen und Probleme bearbeiten, die sich ohne Eingriff eines Servicemitarbeiters lösen lassen.

„Qualität zeigt sich nicht nur beim Laden selbst, sondern auch dann, wenn einmal etwas nicht wie geplant funktioniert. Einige Kundinnen und Kunden kennen vielleicht schon den technischen Telefon-Support der EnBW. Diesen ergänzen wir jetzt mit der KI-Ladeassistentin“, sagt Lars Jacobs, Chief Commercial Officer E-Mobility bei der EnBW.

Technischer Support bleibt nachgeschaltet

Die Ladeassistentin kann unter anderem dabei helfen, Ladestationen und Ladepunkte eindeutig zu identifizieren, den Ladevorgang zu starten oder alternative Ladepunkte in der Nähe zu finden, teilte EnBW dazu weiter mit. Zusätzlich bietet sie Unterstützung bei der Nutzung von Ladekarte oder App.

Dazu fragt die Software während des Telefonats Informationen zum jeweiligen Problem ab und leitet daraus Lösungsschritte ab. Rund zwei Drittel der Anfragen würden bereits während des Gesprächs mit der KI-Ladeassistentin bearbeitet, teilte EnBW mit. Das Unternehmen macht in der Mitteilung keine Angaben dazu, wie viele Anfragen dem System bislang vorlagen und über welchen Zeitraum die Quote ermittelt wurde.

Kann die Ladeassistentin ein Problem nicht lösen, bleibt der technische Support als nächste Stufe der Kundenbetreuung bestehen. EnBW will mit der vorgeschalteten Automatisierung zugleich die Service-Teams entlasten, damit diese sich auf komplexere Fälle konzentrieren können. (hr) // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Lösung für Smart-Meter-Zutritte von BBH und Comet



Quelle: Shutterstock / AI generated

SMART METER. Die BBH-Gruppe und „Co.met“ verknüpfen ihre Systeme, um Messstellenbetreiber bei Zutrittsverweigerungen im Smart-Meter-Rollout digital zu unterstützen.

Die Beratungsgruppe Becker-Büttner-Held (BBH-Gruppe) und der Dienstleister für Messstellenbetreiber Co.met GmbH haben eine gemeinsame digitale Lösung für Zutrittsprozesse vorgestellt. Dafür verknüpfen sie „BBH-ZutrittDigital“ mit dem Workflowmanagementsystem „co.mobile“ von Comet.

Nach Angaben der Unternehmen entsteht dadurch ein durchgängiger Prozess für den Zugang zu Zählerplätzen. Er soll sowohl die operative Steuerung von Aufträgen als auch die rechtliche Absicherung bei verweigertem Zutritt abbilden. Messstellenbetreiber sollen kritische Fälle direkt aus Comobile an BBH-Zutrittdigital übergeben können.

Rechtliche Schritte digital eingebunden

Comobile dient laut Comet als Workforce-Managementsystem für die Einsatzplanung, Auftragssteuerung und Dokumentation. Das System kommt unter anderem bei Zutritten zu Zählerplätzen in Mehrfamilienhäusern, Gewerbeobjekten, Industrieanlagen und öffentlichen Gebäuden zum Einsatz. Auch Gemeinschaftsanlagen und außenliegende Zählerplätze lassen sich darüber bearbeiten.

Zutrittsverweigerungen können für Messstellenbetreiber zusätzlichen organisatorischen und rechtlichen Aufwand verursachen. Das betrifft insbesondere den Smart-Meter-Rollout, aber auch Turnuswechsel und Ablesungen. Nach Angaben von BBH und Comet soll die neue Verbindung diesen Aufwand reduzieren, indem die einzelnen Prozessschritte digital miteinander verknüpft werden.

Über BBH-Zutrittdigital können Messstellenbetreiber demnach die weitere Bearbeitung kritischer Fälle anstoßen. Das Portal ermöglicht die rechtsverbindliche Terminkoordination und bereitet nach Angaben der Unternehmen bei Bedarf auch die gerichtliche Durchsetzung von Zutrittsrechten vor. Damit soll der Prozess ohne Wechsel zwischen unterschiedlichen Systemen und Kommunikationswegen ablaufen.

„Unsere neue LegalTech-Lösung verbindet juristische Erfahrung mit dem bewährten Service von co.mobile. So wird der Prozess für die Versorger sinnvoll automatisiert und digital abgebildet. Ineffiziente Zwischenschritte werden beseitigt“, sagt Jan-Hendrik vom Wege, Partner bei der BBH-Gruppe und Vorstand der BBH Solutions AG.

Die BBH Solutions AG stellt die Plattform ZutrittDigital bereit. Das Unternehmen ist eine auf LegalTech-Lösungen spezialisierte Tochtergesellschaft der BBH-Gruppe. Die BBH-Gruppe berät nach eigenen Angaben Energie- und Infrastrukturunternehmen sowie deren Kunden rechtlich, betriebswirtschaftlich und strategisch. Insgesamt betreut die Gruppe nach eigenen Angaben mehr als 7.000 Mandantinnen und Kunden.

Prozess soll bis zum Auftrag führen

Auch Comet sieht die Verbindung der Systeme als Erweiterung des bisherigen digitalen Prozesses. „Wir verbinden digitale Effizienz mit rechtlicher Sicherheit und schaffen einen durchgängigen Prozess bis zum erfolgreichen Auftrag“, sagt Geschäftsführer Thomas Hemmer.

Mit der Integration adressieren die beiden Unternehmen einen Prozessschritt, der durch den zunehmenden Einbau intelligenter Messsysteme an Bedeutung gewinnt. Messstellenbetreiber müssen für den Rollout nicht nur die technischen Voraussetzungen schaffen, sondern bei nicht zugänglichen Zählerplätzen auch die erforderlichen Zutrittsrechte organisieren und gegebenenfalls durchsetzen. Die Kooperation soll diese Fälle in den bestehenden operativen Workflow integrieren und die rechtliche Bearbeitung daran anschließen. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

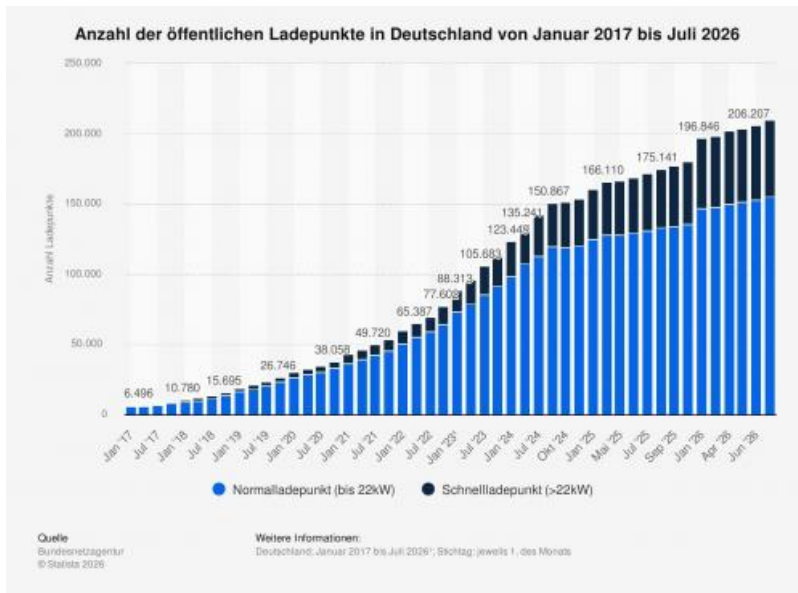
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der öffentlichen Ladepunkte bis Juli 2026



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Deutschlandweit waren am 1. Juli 2026 insgesamt rund 209.600 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge in Betrieb, die das Anzeigeverfahren der Bundesnetzagentur abgeschlossen hatten. Die meisten Ladepunkte befanden sich im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Unter anderem aufgrund von Nachmeldungen können die Zahlen nachträglich angepasst werden. Dadurch sind die Werte nicht uneingeschränkt miteinander vergleichbar. // **VON REDAKTION**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: HKWT Leipzig

Windstrom liefert „besten“ Wasserstoff

F&E. Drei Partner haben in Bitterfeld-Wolfen über zehn Jahre eine Wasserstoff-Infrastruktur unter realitätsnahen Bedingungen getestet. Nun liegen die Ergebnisse vor.

Wie lassen sich Wasserstoff-Verteilnetze sicher und effizient betreiben? Dieser Frage sind die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK Leipzig), DBI Gas- und Umwelttechnik, eine Einrichtung des Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und der Gasversorger Mitnetz Gas im Forschungsprojekt „H2INFRA – H2-Infrastruktur“ nachgegangen. Der Abschluss des Projekts markiert zugleich zehn Jahre gemeinsamer Forschung zur Wasserstoffversorgung.

Von 2022 bis 2025 untersuchten die Partner eine Wasserstoff-Testinfrastruktur in Bitterfeld-Wolfen in sogenannten Wasserstoff-Dorf im Alltag getestet. Die Arbeiten knüpften an das 2016 gestartete Projekt „H2-Netz“ an, wie die HTWK Leipzig mitteilt.

Ziel sei es gewesen, technische und ökologische Fragen zu klären, die für einen zuverlässigen Transport von Wasserstoff über Verteilnetze zu Haushalten, Gewerbe und Industrie relevant sind, erläutert Robert Huhn, Professor für Gas- und Wärmenetze an der HTWK Leipzig.

Dazu gehörten das Verhalten bestehender Gasnetzkomponenten im Dauerbetrieb, die Sicherstellung der Gasqualität sowie die Frage, welche Infrastruktur langfristig wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist.

Während der Projektlaufzeit zeichneten die Forschenden Betriebsparameter wie Druck, Temperatur und Volumenstrom kontinuierlich auf. Komponenten aus dem Erdgasbereich wurden sowohl im Labor des DBI als auch auf einem eigens eingerichteten Versuchsstand auf ihre Wasserstoffeignung geprüft.

Auf dem Testfeld entstand eine vollständige Hausinstallation mit Wasserstofftherme, die zwei Jahre im Dauerbetrieb getestet wurde. Rohrproben wurden auf Materialstruktur, Alterung und mechanische Eigenschaften untersucht. Sicherheitstechnische Komponenten wie Gasströmungswächter und Gasmangelsicherungen sowie verschiedene Absperntechnologien kamen auf den Prüfstand.

„Die Besonderheit unserer Forschung liegt darin, dass wir eine aus verschiedenen Materialien und über mehrere Druckstufen errichtete und damit nahezu komplette Wasserstoff-Infrastruktur über längere Zeiträume unter realitätsnahen Bedingungen untersuchen können“, sagt Michael Schneider, Leiter des Forschungsprojekts für Mitnetz Gas.

Windstrom bester Ökobilanz

Nach Angaben der Projektpartner waren nahezu alle untersuchten Komponenten für die Wasserstoffinfrastrukturen geeignet. Herausforderungen zeigten sich dagegen bei der Gasqualität. Insbesondere Anwendungen wie Brennstoffzellen stellen hohe Anforderungen an die Reinheit des Wasserstoffs. Das DBI identifizierte mögliche Quellen für Verunreinigungen und untersuchte Materialien sowie Herstellungs- und Verlegeprozesse. Daraus wurden Maßnahmen zur Verringerung von Störstoffen abgeleitet.

Neben technischen Fragen untersuchte die HTWK Leipzig die Umweltwirkungen der Wasserstoff-Wertschöpfungskette von der Herstellung über den Transport bis zur Versorgung der Verbraucher. Unter den untersuchten Szenarien verursachte die Elektrolyse mit Windstrom die geringsten Treibhausgasemissionen. Denn entscheidend für die Treibhausgasbilanz der Elektrolyse sei demnach vor allem die Herkunft des eingesetzten Stroms. Herstellung und Bau der Elektrolyseure fallen dagegen vergleichsweise wenig ins Gewicht.

Die Forschung in Bitterfeld-Wolfen wird fortgesetzt. Beim 2025 gestarteten Projekt „SafeH2Supply“ stehen unter anderem Versorgungssicherheit, Odorierung, Gasqualität und Umweltwirkungen im Mittelpunkt.

Das 2026 gestartete Projekt „GreenH2Supply“ untersucht die Umstellung bestehender Erdgasnetze auf Wasserstoff sowie die leitungsgebundene Versorgung von Kraftwerken, Industrie und Gewerbe, heißt es abschließend.

Der Abschlussbericht „H2INFRA: H2-Infrastruktur - Effizienter und sicherer Betrieb von Wasserstoffverteilnetzen“ steht zum Download zur Verfügung. Weitere Infos gibt es auch auf der [Website der HTWK Leipzig](#). (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Studie zeigt Restemissionen bei Wasserstoff



Studie zu klimaneutralen Energieträgern.
Quelle: Ifeu

KLIMASCHUTZ. Eine Studie von Ifeu und Germanwatch zeigt, dass Wasserstoff und E-Fuels Emissionen stark senken können. Für Klimaneutralität müsse aber auch die Industrie klimaneutral produzieren.

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) können ihre Treibhausgasemissionen gegenüber fossilen Referenzprodukten deutlich senken. Das zeigt eine Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) und der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. In den untersuchten Wertschöpfungsketten waren laut den Forschenden Einsparungen von bis zu 90 Prozent möglich.

Die Untersuchung entstand im vom Umweltbundesamt (UBA) beauftragten Projekt NEET. Das Ifeu und

Germanwatch analysierten verschiedene Herstellungs- und Transportwege für Wasserstoff sowie wasserstoffbasierte Kohlenwasserstoffe. Dabei betrachteten sie die Umweltwirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und identifizierten Bereiche mit besonders hohen Emissionen.

Infrastruktur verursacht Restemissionen

Auch bei optimierten Wertschöpfungsketten bleiben laut Studie Treibhausgasemissionen bestehen. Sie liegen bei den untersuchten Pfaden teilweise bei rund 10 bis 20 Prozent der Emissionen fossiler Referenzprodukte. Als wesentliche Ursache nennt die Untersuchung die Herstellung der benötigten Anlagen und Infrastruktur.

Dazu zählen unter anderem Windkraftanlagen, Photovoltaikmodule und Elektrolyseure sowie chemische Reaktoren und Transportmittel. Deren Produktion benötigt heute weiterhin fossile Energieträger und Rohstoffe. Eine vollständige Vermeidung dieser vorgelagerten Emissionen setzt deshalb nach Einschätzung der Forschenden eine weitgehend defossilisierte industrielle Produktion voraus.

„Die Defossilisierung der Energieversorgung und die Defossilisierung der Industrie müssen Hand in Hand gehen“, resümiert Thomas Fröhlich, Leiter des Projektes und Fachbereichsleiter Ressourcen am Ifeu. Daniel Münter, Themenleiter Basisindustrie bei Germanwatch, fordert deshalb einen stärkeren Fokus auf die Herstellung der benötigten Anlagen und Komponenten.

Vorgaben für E-Fuels in der Kritik

Handlungsbedarf sieht die Studie auch bei den regulatorischen Rahmenbedingungen. Die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED) behandelt erneuerbaren Strom nach Angaben der Forschenden faktisch als klimaneutral. Die Studie berücksichtigt dagegen auch die mit der Bereitstellung von Wind- und Solarstrom verbundenen Umweltwirkungen und Treibhausgasemissionen.

Kritisch bewerten die Autorinnen und Autoren zudem die geltenden Anforderungen an die Treibhausgasminderung erneuerbarer Kraftstoffe. Die RED schreibt derzeit eine Minderung von mindestens 70 Prozent gegenüber fossilen Referenzprodukten vor. Nach Einschätzung der Forschenden reicht dieser Wert nicht aus, um langfristig Klimaneutralität zu erreichen.

Zudem konzentrierten sich die regulatorischen Vorgaben bislang weitgehend auf Treibhausgasemissionen. Andere Umweltwirkungen würden dagegen nur unzureichend berücksichtigt.

Blauer Wasserstoff mit hohen Hürden

Die Forschenden untersuchten auch blauen Wasserstoff. Dabei wird Erdgas reformiert und das dabei entstehende Kohlendioxid abgeschieden und gespeichert. Die Umweltwirkungen können laut Studie unter bestimmten Bedingungen ähnlich niedrig ausfallen wie bei grünem Wasserstoff.

Dafür müssten jedoch hohe Anforderungen gleichzeitig erfüllt sein. Dazu gehören eine nahezu vollständige Vermeidung von Methanemissionen entlang der Erdgaslieferkette und eine CO₂-Abscheiderate von mehr als 98 Prozent. Hinzu kommen eine dauerhaft sichere Speicherung des abgeschiedenen CO₂ sowie die Versorgung sämtlicher Prozessschritte mit erneuerbarem Strom.

Biogene CO₂-Quellen sind begrenzt

Für synthetische Kohlenwasserstoffe benötigen die Herstellungsprozesse neben Wasserstoff auch Kohlenstoff. Die Studie vergleicht dafür verschiedene CO₂-Quellen, darunter CO₂ aus der Atmosphäre, industrielle Abgase und biogene Quellen. Biogenes CO₂ kann laut den Forschenden Vorteile bieten, weil der

Kohlenstoff zuvor der Atmosphäre entzogen wurde.

Als besonders geeignet stuft die Studie biogene Rest- und Abfallstoffe ein. Deren Verfügbarkeit ist jedoch begrenzt, da sie teilweise bereits für andere Zwecke genutzt werden. Eine zusätzliche Nachfrage kann zudem Verlagerungseffekte auslösen. So könnten beispielsweise mineralische Dünger verstärkt eingesetzt oder Holzreststoffe durch Primärholz ersetzt werden.

Das größte Potenzial sehen die Forschenden bei industriellen Anlagen, an denen konzentrierte biogene CO₂-Ströme anfallen. Dazu zählen etwa die Ethanolproduktion, die Zellstoffindustrie und die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen.

Das **Ifeu-Projekt NEET** steht im Internet bereit. (sh) // **VON SUSANNE HARMSSEN**

[^ Zum Inhalt](#)

Die Ostsee bringt nun Wärme in 200 holsteinische Haushalte



Die Meerwasser-Wärmepumpe hat ihre Arbeit in Neustadt aufgenommen. Quelle: Johnson Controls

WÄRME. Die Ostsee als Heizung: Im holsteinischen Neustadt hat der örtliche Versorger die bundesweit erste Meerwasser-Wärmepumpe in Betrieb genommen. Auch die Landespolitik äußert sich erfreut.

Die erste Meerwasser-Wärmepumpe Deutschlands ist nun offiziell am Netz. Im holsteinischen Neustadt speist sie in das lokale Wärmenetz des Hafenquartiers ein. 200 Wohneinheiten profitieren dadurch von der Temperatur der Ostsee.

Energiewende-Minister Tobias Goldschmidt (Grüne) wünscht sich, dass das Projekt „Wellen schlägt und viele Nachahmer findet“. In seiner Antwort auf eine Anfrage dieser Redaktion schreibt er weiter: Neustadt zeige, „dass erneuerbare Wärmequellen nicht nur theoretisch verfügbar sind, sondern tatsächlich für die Versorgung von Gebäuden eingesetzt werden können“.

Neustadt – zwischen Lübeck und der Insel Fehmarn gelegen – hatte früh auf diese Technik gesetzt und über das laufende Jahrzehnt einige bürokratische Hürden nehmen müssen. Entsprechend ist die Pumpe mit einer Heizleistung von 700 kW eher klein dimensioniert. Flensburg etwa steht vor der Inbetriebnahme einer 60-MW-Anlage im kommenden Jahr. Das leuchtendste Beispiel ist derweil eine Pumpe im dänischen Esbjerg mit 70 MW, was als Ofen für bis zu 25.000 Haushalte taugt.

Die Dänen exportieren ihre Technik

Die Anlage in Neustadt ist ebenfalls eine dänische Erfindung und stammt vom Hersteller Johnson Controls aus Højbjerg. Die Wärmepumpe ist Teil eines klimaschonenden Gesamtkonzepts, das eine Alternativ-Technik vorsieht, falls die Wassertemperatur unter 4 Grad fällt. Wirtschaftlicher sei es dann, die Anlage dann durch einen Spitzenlast-Kessel zu betreiben.

Dieser Kessel läuft zunächst auf Gas-Basis, später womöglich mit Biomethan. Zur Neustädter Lösung zählen ferner Abwärme aus einem nahegelegenen Müllheizkraftwerk und ein Wärme-Pufferspeicher, der 25.000 Liter fasst und auf dem Dach der neuen Energiezentrale angebracht ist. Mit der erforderlichen Vorlauftemperatur von 72 Grad und über zwei Wärmetauscher gelangt das Wasser schließlich in das Leitungssystem des Hafenquartiers.

Minister Goldschmidt bewertet die Meerwasser-Wärmepumpe als Schritt, „uns endlich unabhängig von Gas- und Öl“ zu machen. Doch auch diese „innovative Lösung“ birgt ihre Tücken. Je nach eingesetztem Kältemittel sind Belastungen für die Umwelt nicht ausgeschlossen. In Neustadt setzen die Stadtwerke auf Ammoniak, was Wasser und Wasserorganismen schädigen kann.

In Flensburg droht Ungemach, weil die EU über ihre Chemikalienverordnung ein Verbot von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) verfügen will. Die an der Förde geplante Wärmepumpe setzt auf „R1234ze“ aus der Stoffgruppe der Hydrofluorolefine, und das ist eben eine PFAS-Lösung. Womöglich müssen die Stadtwerke Flensburg sich bei ihrem 70-Millionen-Euro-Projekt um eine Alternative bemühen (wir berichteten). (vs) // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Ein eigener Elektrolyseur macht Bielefeld mobiler. Quelle: Stadtwerke Bielefeld

Mehr Wasserstoff für Bielefelds Busflotte dank eigenem Elektrolyseur

MOBILITÄT. Mehr Treibstoff aus eigener Herstellung: Die Busflotte der Stadtwerke Bielefeld wird in Teilen beim Tanken unabhängiger. Grund ist eine neue Anlage zur Produktion von Wasserstoff.

Seit dem 4. September läuft der Probetrieb: Die Stadtwerke Bielefeld testen einen neu errichteten Elektrolyseur, der ihre mit Brennstoffzellen ausgestatteten Wasserstoff-Busse künftig versorgen soll. Für das etwa 5,3 Millionen Euro teure Vorhaben hat der Bund gut 2 Millionen Euro zugesprochen.

Aktuell hat die Mobilitätstochter „moBiel“ der Stadtwerke vier Wasserstoff-Busse im Dienst. Hinzu kommen 25 Busse, die über eine Brennstoffzelle verfügen, um die elektrische Reichweite zu erhöhen. Der neue Elektrolyseur soll unter Volllast und mit einer Produktionsmenge von jährlich 144.000 kg den gesamten Bedarf der Flotte abdecken können. Im ersten Jahr sind es zunächst 41.000 kg.

Einen Beitrag zur Antriebswende leisten kann das Projekt dadurch, weil der für die H₂-Produktion verwendete Strom zum Teil einen grünen Stempel erhält. Die Energie stammt aus der Müllverbrennungsanlage (MVA) Bielefeld-Herford, wo der Elektrolyseur auch aufgestellt ist.

Der dort verbrannte Abfall soll zu mehr als 50 Prozent biogenen Ursprungs sein, wodurch dieser Anteil eine Einstufung als „regenerativ“ erhält. Ausschließlich dieser Anteil, heißt es in einer Mitteilung der Stadtwerke, komme bei der Herstellung des Gases zum Einsatz.

Elektrolyseur reist aus Sardinien nach Ostwestfalen

Der Elektrolyseur hat eine weite Reise hinter sich. Geordert haben die Ostwestfalen die Millionen-Anlage in Süditalien. Hersteller IMI Remosa hat sie in Cagliari auf Sardinien gebaut, nach der Abnahme verschifft und schließlich auf dem Festland per Lkw in die Mitte Deutschlands geliefert.

Transportwege rund um den Wasserstoff waren bis zuletzt ein besonderes Thema in Bielefeld. Für die Busse ist eine ortsnahe Versorgung gewährleistet. Der Treibstoff entsteht an der MVA und hat es bis zur Wasserstofftankstelle im benachbarten Innovationspark Sektorenkopplung nicht mehr weit.

Ein anderes Problem hat sich ebenfalls in Wohlgefallen aufgelöst. Nutznießer des grüneren Wasserstoffs an der Stadtwerke-Tankstelle sind nicht mehr nur die Mobiel-Busse. Auch die sieben antriebsgleichen Laster des ebenfalls städtischen Umweltbetriebs (UWB) können nun auf Tankstelle und Treibstoff zugreifen, heißt es von den Stadtwerken.

Das war bis zuletzt noch unmöglich, wegen der geltenden Fördersystematik. Bielefeld hatte sich seinerzeit besonders viel öffentliches Fördergeld für den Bau der Tankstelle gesichert. Damit durften rechtlich nur Fahrzeuge des öffentlichen oder des Schienenpersonennahverkehrs (ÖPNV/SPNV) vorfahren. Das sind Müllautos bekanntlich nicht. Diese mussten bereits in der Vergangenheit nach Rheda-Wiedenbrück ausweichen, obwohl das Gas im Heimatort vorhanden ist.

Die wasserstoffbetriebenen Müllwagen des UWB dürfen inzwischen ebenfalls zum Tanken an der Mobiel-Wasserstofftankstelle vorfahren. Dies ist laut Presseamt der Stadt Bielefeld das Ergebnis von Gesprächen dem Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe.

Die Beteiligten verständigten sich auf eine förderkonforme Mitnutzung der Tankstelle durch den Umweltbetrieb, heißt es von der Kommune. Damit werden lange und ökologisch kontraproduktive Anfahrtswege zu regionalen Wasserstoff-Tankstellen, deren Anzahl stagniert bis rückläufig ist, vermieden.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Thüringer Stadtwerk spricht nach Verlusten Kündigungen aus



Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Dem Versorger in Meiningen geht es nicht gut. Verluste bei den Thüringern und anstehende Investitionen machen ein großes Sparprogramm notwendig. Ein Stellenabbau gehört dazu.

Im Südwesten Thüringens ist ein Versorger unter großem wirtschaftlichen Druck. Die Stadtwerke Meiningen haben im vergangenen Jahr Verluste in nicht genannter Höhe erlitten. Nun hat das kommunale Unternehmen einen Stellenabbau eingeleitet.

Nach Angaben von Geschäftsführer Lars Weber hätten inzwischen zwölf der 152 Mitarbeitenden ein Kündigungsschreiben erhalten. Das entspricht rund acht Prozent der Belegschaft der Stadtwerke, die die Kreisstadt des Landkreises Schmalkalden-Meiningen mit Energie, Wärme und Wasser versorgen.

Bürgermeister Fabian Giesder (SPD), der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke ist, hatte den Stellenabbau in einer Bürgerfragestunde der jüngsten Ratssitzung bekanntgegeben. Mit dem Stadtwerke-Chef hatte er sich zudem gegenüber dem vor Ort erscheinenden Meininger Tageblatt zur Situation geäußert.

Wie die Stadt auf Anfrage mitteilt, seien die benötigten Einsparungen auf der Personalseite nicht allein über auslaufende Zeitverträge und Wiederbesetzungsstopp bei frei werdenden Stellen zu erzielen gewesen. Die Kündigungen seien nach mehreren Betriebsversammlungen unter Einbindung des Betriebsrats erfolgt. Sie sollen alle Geschäftsbereiche betreffen.

Ziel von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung solle es sein, mit geringeren Ausgaben die Basis für „weiterhin wettbewerbsfähige Preise“ zu schaffen. Lars Weber spricht davon, die Strompreise „deutlich“ reduzieren zu wollen. Für das kommende Geschäftsjahr sei es aber noch zu früh, einen konkreten Preis zu nennen.

Das Stadtwerk solle grundsätzlich als hundertprozentige Tochter der Kommune erhalten bleiben, so Bürgermeister und Geschäftsführer. Größere Investitionen wolle der Versorger aber vermehrt mit Partnern wie zum Beispiel der TEAG Thüringer Energie AG aus Erfurt stemmen. Meiningen ist an der TEAG beteiligt.

Fehlende Wirtschaftlichkeit hat auch zum kurz bevorstehenden Ende eines kleinen Geschäftsfeldes geführt. Das örtliche Stadtteilauto-Programm, „eCarsharing“ genannt, läuft in Meiningen zum 1. November aus. Es war zu Beginn der 2020er-Jahre als ergänzendes Mobilitätsangebot entstanden, „um Elektromobilität in Meiningen erlebbar zu machen“, wie der Versorger mitteilt. Laut Lars Weber konnte das Unternehmen die Auslastung langfristig nicht auf ein wirtschaftlich tragfähiges Niveau steigern.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Neustadt beteiligen Bürger an neuem Solarpark



Die Stromkundschaft legt Geld im Solarpark Benzenloch an. Quelle: Stadtwerke Neustadt

BETEILIGUNG. Mit der Sonne die Privatkasse aufbessern: Die Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße starten eine Bürgerbeteiligung für einen errichteten Solarpark, mit Zinsen von 3 bis 4,5 Prozent.

Als attraktive Anlagemöglichkeit erweist sich ein Solarprojekt der Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße. Die Pfälzer haben in den ersten Stunden ihrer am 7. September gestarteten Bürgerbeteiligung bereits mehr als eine Million Euro eingenommen. Die maximale Zeichnungssumme liegt bei 1,6 Millionen Euro.

Mit dem Geld können Privatleute sich an dem nach Angaben der Stadtwerke größten Solarenergie-Vorhaben der Region beteiligen. Der Solarpark Benzenloch zwischen Duttweiler, Geinsheim und Lachen-Speyerdorf kommt mit seinen 42.606 verbauten Modulen auf eine installierte Gesamtleistung von rund 27 MW. Die Anlage erstreckt sich über etwa 24 Hektar. Insgesamt beziffern die Stadtwerke das Investitionsvolumen auf 17 Millionen Euro.

Die Möglichkeit zur Zeichnung eines Nachrangdarlehens hat der Versorger zunächst beschränkt. Kundschaft mit einem Stromvertrag bei den Stadtwerken oder Mitarbeitende bekommen mit 4,5 Prozent den Höchstzinssatz für das angelegte Geld. Interessierte, die während der Laufzeit von zehn Jahren ihren Stromvertrag kündigen, erhalten ab dann 3 Prozent. Dieser Satz gilt auch für auswärtige Interessierte, die zum Zuge kommen könnten, falls die Stromkundschaft die 1,6 Millionen Euro nicht vollständig zeichnet.

Die jährliche Stromproduktion der Freiflächenanlage soll bei 28 Millionen kWh liegen und rechnerisch für rund 7.000 Haushalte ausreichen. Entwickler ist die Solarpark Benzenloch GmbH, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Neustadt. Sie hat nach eigenen Angaben das letzte Modul inzwischen verbaut, der Netzanschluss des Solarparks steht noch aus. (vs) // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

EVO erhöht Wärmeleistung aus Abfall



Quelle: Shutterstock

WÄRME. Die Energieversorgung Offenbach will Millionen am Standort investieren und die Wärmeleistung aus Abfall steigern.

Die Energieversorgung Offenbach (EVO) will in den kommenden Jahren rund 200 Millionen Euro in ihre Wärmeinfrastruktur investieren. Kern des Programms ist die Modernisierung und Erweiterung des Energiewerks an der Dietzenbacher Straße. Die Bauarbeiten sollen im Oktober beginnen, vorbereitende Arbeiten laufen bereits.

Im Energiewerk soll die nutzbare Wärmeleistung aus der thermischen Abfallverwertung von derzeit 45 auf 63 MW steigen. Zusätzliche Abfälle sollen dafür nicht verbrannt werden. Die mit den zusätzlichen 18 MW erzielte Wärmeausbeute entspreche nach Angaben der EVO rechnerisch dem Jahresbedarf von rund 10.000 Drei-Personen-Haushalten.

Erreicht werden soll die zusätzliche Leistung vor allem über zwei Verfahren. Bei der Turbinenabdampfnutzung wird Abdampf aus der Turbine verdichtet und auf mehr als 120 Grad Celsius gebracht, um ihn für die Fernwärme nutzbar zu machen. Zusätzlich soll eine Rauchgaskondensation Wärme aus den rund 140 Grad heißen Rauchgasen zurückgewinnen. Für das Genehmigungsverfahren

seien die Unterlagen beim Regierungspräsidium Darmstadt offengelegt worden. Einwendungen habe es keine gegeben.

Parallel entsteht auf dem Gelände des früheren Kraftwerks am Nordring eine neue Energiezentrale. Geplant ist dort eine Großwärmepumpe mit mindestens 10 MW thermischer Leistung. Sie soll erstmals Abwärme eines benachbarten Rechenzentrums aufnehmen und in das Fernwärmenetz einspeisen. Für diese Wärmemenge müssten nach Angaben der EVO keine fossilen Brennstoffe eingesetzt werden. Hinzu kommen zwei Heißwassererzeuger mit zusammen 80 MW Leistung.

Die Investitionen sind Teil des geplanten Ausstiegs der EVO aus der Kohlewärmeerzeugung. Das Heizkraftwerk am Nordring soll in den kommenden Jahren stillgelegt werden. Zugleich wird das Fernwärmenetz erweitert und modernisiert. Nach Unternehmensangaben versorgt die EVO derzeit rund 40 Prozent der Offenbacher Haushalte sowie Teile von Heusenstamm, Dietzenbach und Neu-Isenburg mit Fernwärme.

Seit Oktober 2025 baut das Unternehmen außerdem eine neue Fernwärme-Transportleitung. Ihre Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Die Leitung soll die zusätzlichen Wärmemengen aus dem Energiewerk in das Versorgungsgebiet transportieren. In den vergangenen Jahren hatte die EVO zudem rund 50 Millionen Euro in eine neue Rauchgasreinigung und eine moderne Klärschlammbehandlungsanlage investiert.

Mit den neuen Anlagen will der Versorger den Anteil lokal verfügbarer Wärmequellen erhöhen und den Einsatz fossiler Brennstoffe reduzieren. Offenbachs Oberbürgermeister Felix Schwenke verwies zudem auf das Ziel, die Fernwärmepreise langfristig zu stabilisieren und die Abhängigkeit von internationalen Energie- und Rohstoffmärkten zu verringern. Der Erste Kreisbeigeordnete Carsten Müller hob die Bedeutung der Maßnahmen auch für die bereits angeschlossenen Kommunen im Kreis Offenbach hervor.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Gasverband bestätigt Geschäftsführer



Quelle: Pixabay / Alexa

VERBÄNDE. Der Verband Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft (DGWW) hat seinen Geschäftsführer Dr. Timm Kehler in seiner Position bestätigt.

Der Aufsichtsrat des Verbands Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft hat in seiner jüngsten Sitzung zentrale personelle und strategische Entscheidungen getroffen. Andreas Gemballa, Vorsitzender der Geschäftsführung der Uniper Energy Sales, wurde zum ersten Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Zugleich wählte der Aufsichtsrat Dr. Timm Kehler erneut zum Vorstand des Verbandes.

Dr. Friedbert Pflüger, Vorsitzender des Aufsichtsrats, erklärt: „Mit der Wiederwahl von Timm Kehler setzen wir auf Kontinuität in einer Zeit großer energiepolitischer Herausforderungen.“ Auch das Netzwerk des Verbandes wächst nach eigenen Angaben weiter. Wesentliche Treiber dieses Wachstums sind die thematischen Initiativen und Plattformen des Verbandes, insbesondere die Biomethan Taskforce und die Deutsche Carbon Management Initiative (DCMI).

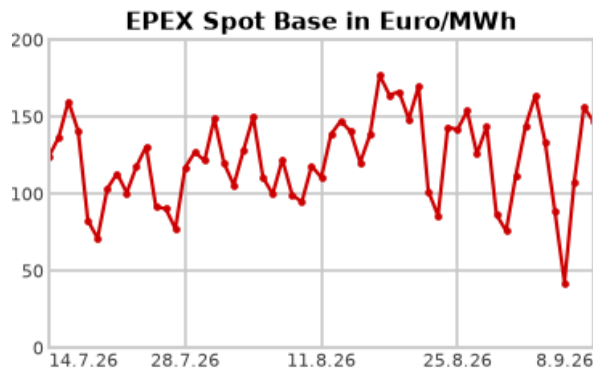
Zu den 14 jüngsten Zugängen zählen unter anderem die Edeka Handelsgesellschaft Minden-Hannover, Balance Erneuerbare Energien, Verbio und Fluxys Deutschland. In der aktuellen Sitzung nahm der Aufsichtsrat zudem die Liqis neu in den Verband auf. Das Unternehmen will seine Expertise im Bereich LNG

und Bio-LNG für den Schwerlastverkehr einbringen. Insgesamt vereint der Verband damit 129 Unternehmen und Partner in seinen Mitglieds- und Plattformformaten. (sh) // VON SUSANNE HARMTSEN

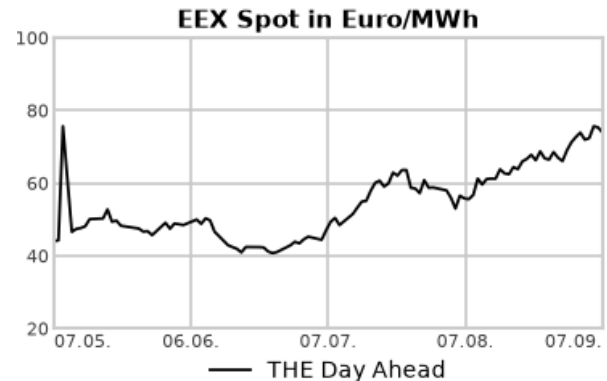
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Geopolitische Lage treibt die Energiepreise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Überwiegend fester haben sich die Energiemärkte zum Wochenauftritt präsentiert. Der deutsche Strommarkt legte durchweg zu. Die Zugewinne für die Frontmonate und das Frontjahr fielen massiv aus. Offenbar haben die Märkte den Glauben an eine zügige Beilegung des Konflikts zwischen Iran und den USA weitgehend verloren.

Befestigt zeigte sich auch der CO₂-Markt, der häufig die Gegenposition zum Geschehen am Gasmarkt einnimmt. Doch die starke Verteuerung von Gas hat die verschmutzungsträchtigere Kohle über alle Fristen hinweg zur deutlich preisgünstigeren Alternative für die Verstromung gemacht, was die Nachfrage nach CO₂-Zertifikaten treibt.

Strom: Durch die Bank fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt vor dem Hintergrund befestigter Nachbarmärkte am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde in der Grundlast mit 146,75 Euro je Megawattstunde gehandelt, für die Spitzenlast mussten 105,75 Euro je Megawattstunde gezahlt werden. An der Börse wurde die Grundlast mit 146,58 Euro und die Spitzenlast mit 105,51 Euro gesehen.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Dienstag mit 28,9 Gigawatt etwas höher ausfallen als noch am Montag (25,8 Gigawatt). Für den Mittwoch erwarten die Meteorologen von Eurowind 28,5 Gigawatt. In den Tagen danach dürften die Einspeisemengen wegen eines geringeren Windaufkommens stärker zurückgehen. Das US-Wettermodell geht für die kommenden Tage von schwankenden, jedoch überdurchschnittlichen Temperaturen in Deutschland aus.

Am langen Ende gewann das Cal 27 bis zum Nachmittag 3,59 Euro auf 123,25 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Fester haben sich die CO₂-Preise am Montag gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.26 Uhr 1,12 auf 85,30 Euro je Tonne.

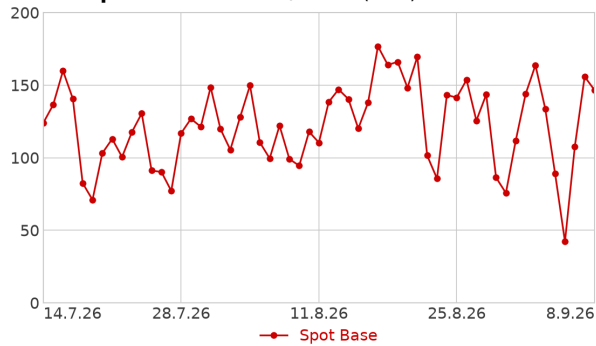
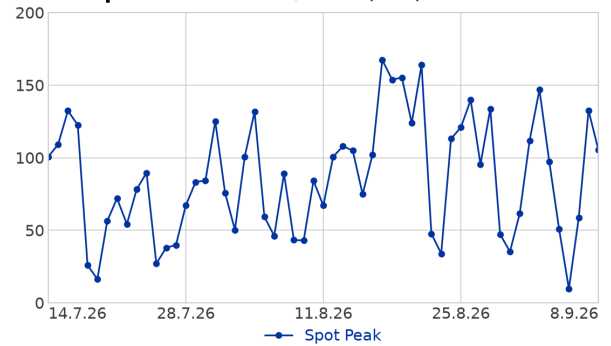
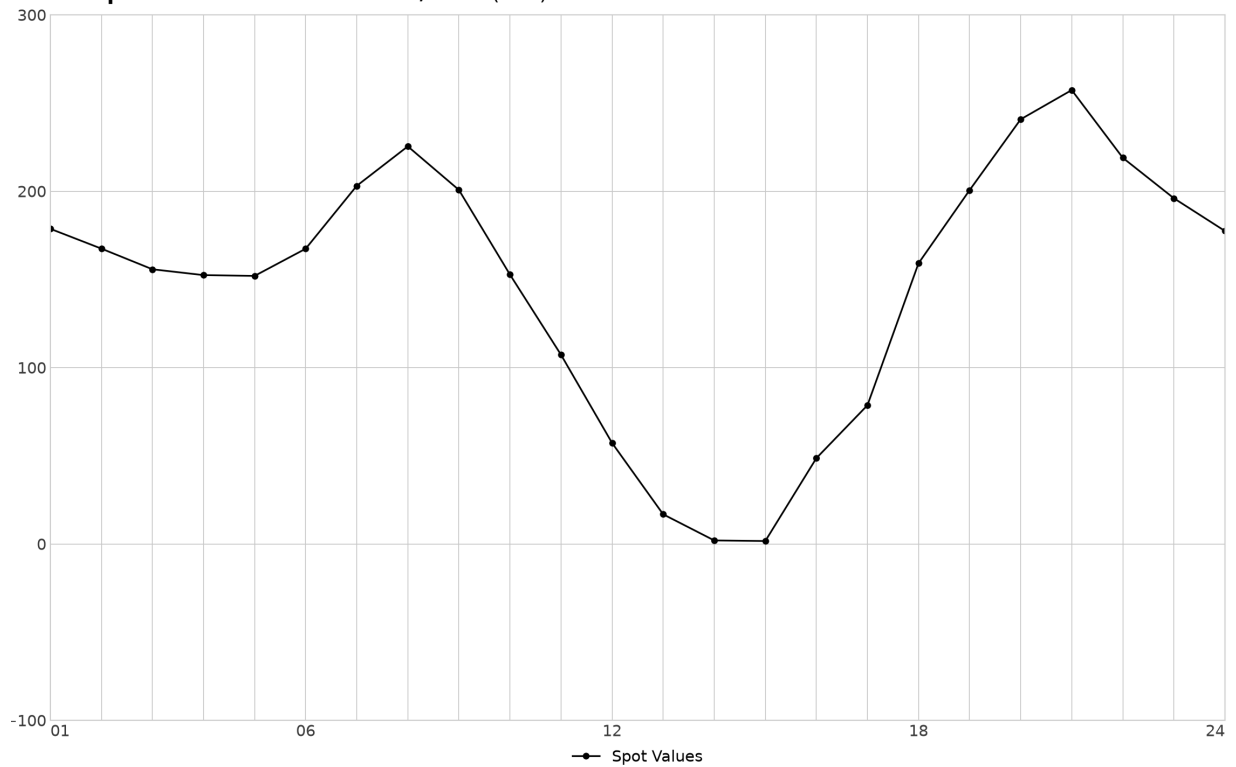
Unterstützend für den CO₂-Markt dürfte sich in der laufenden Woche das geringere Angebot am Primärmarkt auswirken. Hinzu kommt der bessere Spread für die Kohleverstromung im Vergleich zum Einsatz von Gaskraftwerken.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Montag zugelegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.26 Uhr 0,874 Euro auf 73,330 Euro je Megawattstunde.

Die europäischen Erdgaspreise liegen nun knapp unter 74 Euro pro Megawattstunde, da die Lieferungen aus Katar weiterhin stark beeinträchtigt sind. „LNG fließt nicht in demselben Umfang wie Rohöl, was den Gasmarkt angesichts der bevorstehenden Heizperiode 2026/27 zunehmend anfällig macht“, so die Analysten von ING. Katar, einer der weltweit größten LNG-Exporteure, hat kürzlich die Geltung der höheren Gewalt für Flüssigerdgaslieferungen an Edison – einen seiner größten europäischen Kunden – bis Anfang November verlängert.

Unterdessen sind die Gasspeicher in der EU derzeit nur zu 66 Prozent gefüllt und liegen damit unter dem saisonalen Durchschnitt. (cdg) // VON CLAUD-DETFEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

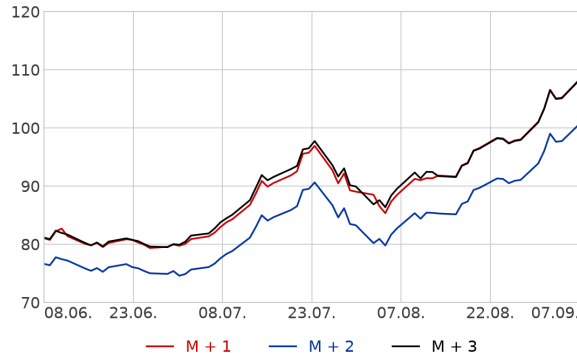
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.09.26	German Power Apr-2027	108,33
M2	07.09.26	German Power May-2027	100,67
M3	07.09.26	German Power Jun-2027	108,24
Q1	07.09.26	German Power Q4-2028	100,59
Q2	07.09.26	German Power Q1-2029	102,69
Q3	07.09.26	German Power Q2-2029	70,19
Y1	07.09.26	German Power Cal-2031	72,61
Y2	07.09.26	German Power Cal-2032	71,25
Y3	07.09.26	German Power Cal-2033	71,95

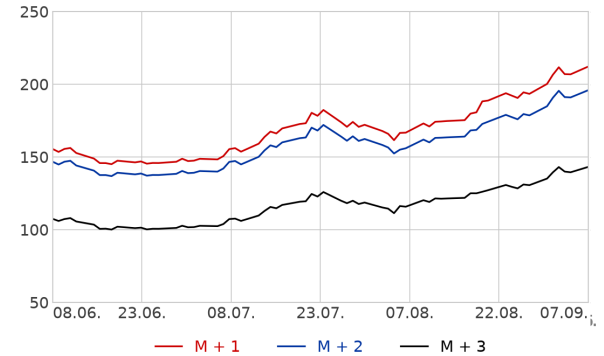
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.09.26	German Power Jan-2027	212,15
M2	07.09.26	German Power Feb-2027	195,89
M3	07.09.26	German Power Mar-2027	143,14
Q1	07.09.26	German Power Q4-2026	201,46
Q2	07.09.26	German Power Q1-2027	182,27
Q3	07.09.26	German Power Q2-2027	89,55
Y1	07.09.26	German Power Cal-2027	130,39
Y2	07.09.26	German Power Cal-2028	103,21
Y3	07.09.26	German Power Cal-2029	91,68

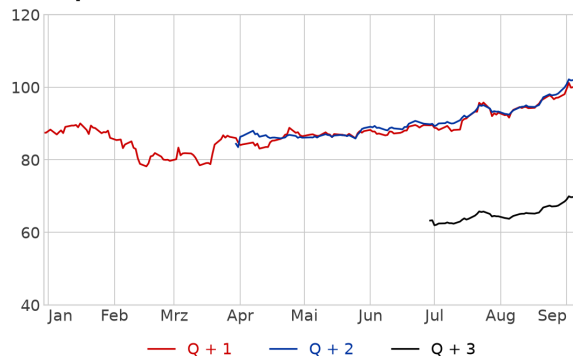
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



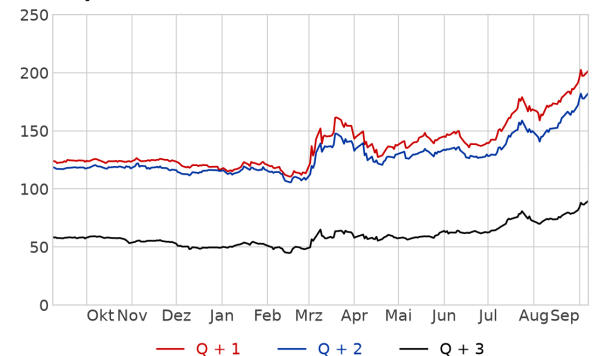
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



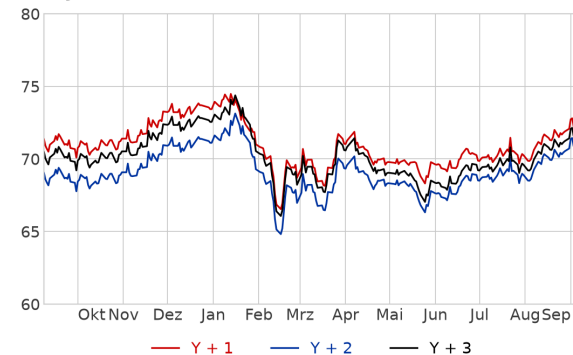
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



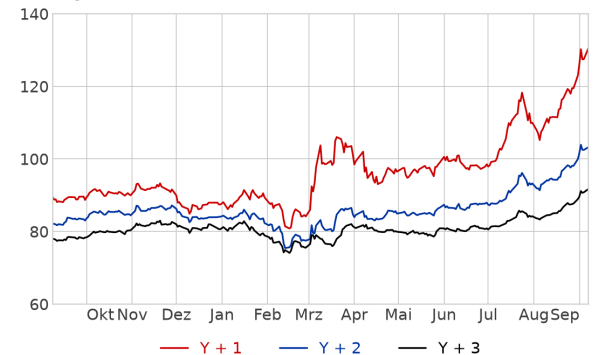
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

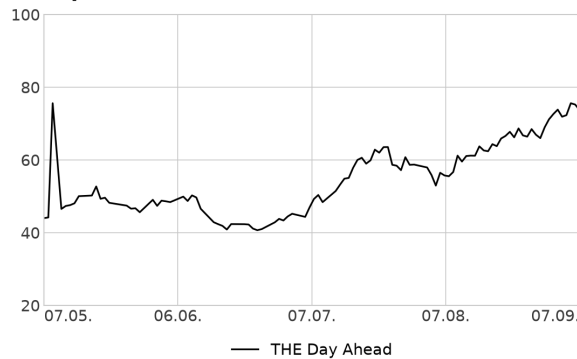


Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.09.26	German THE Gas Oct-2026	74,50
M2	07.09.26	German THE Gas Nov-2026	74,58
Q1	07.09.26	German THE Gas Q4-2026	74,61
Q2	07.09.26	German THE Gas Q1-2027	73,07
S1	07.09.26	German THE Gas Win-2026	73,85
S2	07.09.26	German THE Gas Sum-2027	50,91
Y1	07.09.26	German THE Gas Cal-2027	56,02
Y2	07.09.26	German THE Gas Cal-2028	36,67

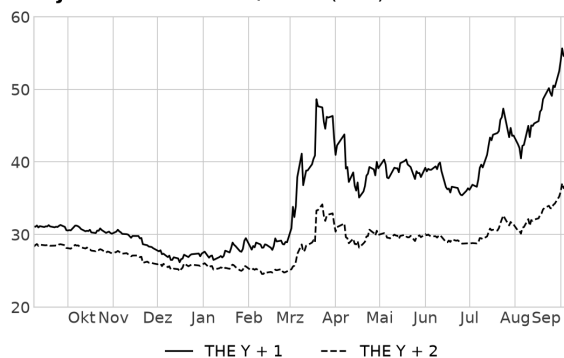
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



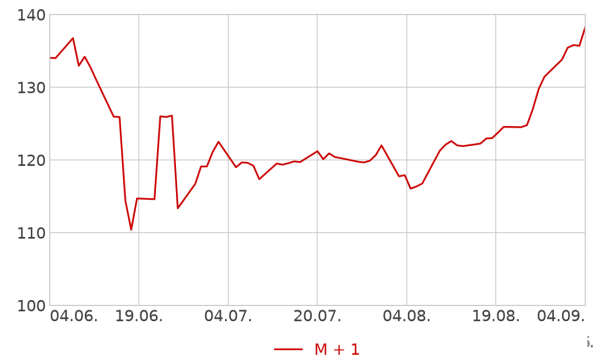
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	07.09.26	146,58	EUR/MWh
Germany Spot peak	07.09.26	105,51	EUR/MWh
EUA Oktober	07.09.26	84,20	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	04.09.26	138,25	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	07.09.26	73,77	EUR/MWh
German THE Gas Oct-20	07.09.26	74,50	EUR/MWh
German THE Gas Cal-20	07.09.26	56,02	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	07.09.26	97,00	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

27.08.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Chemnitz

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit



Flexibler Nebenjob als Biologie - Nachhilfelehrer*in (w/m/d)

Du suchst einen bedeutungsvollen Nebenjob mit flexibler Zeiteinteilung? Dann bist du hier genau richti...
in Halle (Saale)

vor 2 h

● Minijob ● Flexible Arbeitszeit



Ingenieur Elektrotechnik für die Prüfung von Sicherheitsstromversorgungen (w/m/d)

Innovationen bringen tiefgreifende Veränderungen mit sich und beeinflussen unser Leben in vielfältige...
in Filderstadt

vor 2 h

● Ausbildung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Pflegefachperson (m/w/d) für die gastroenterologische Station - Rems-Murr-Kliniken gG...

Wir suchen zum ab sofort in Voll- oder Teilzeit für unser Klinikum in Winnenden eine Pflegefachperson...
in Winnenden

vor 2 h

● Weiterbildung / Kantine

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

